Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger • Herausgeber Ludwig Baltz)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 1450 M, durch Boten bezogen monatlich 1500 M, bei Postbezug monatlich 1200 M (ohne Bestellgeld). Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 60 M, Sonnabends 80 M. Alle Preise freibleibend. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 66 654. Geschäftsstelle: Hälterstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird k. Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der 8gespaltene Millimeter Satzraum 50 M, und der 3gespaltene Millimeter Reklameraum 150 M. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 100 M in Zahlung genommen. Ziffergebühr 30 M. Porto besonders. Alle Preise freibleibend. Anzeigenschluß vormittags 10 Uhr. Belegnummer wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

Nr. 45. Donnerstag, den 22. Februar 1923. 163. Jahrgang.

Der Terror im Ruhrgebiet.

Die Schikanen der Sieger.

Elberfeld, 20. Februar. Ueber die Betriebslage wird gemeldet: **Der Druck auf die Eisenbahnbeamten und die Anordnungen, die Wohnungen innerhalb kürzester Frist zu räumen, gehen weiter. Aus allen Bezirken des alt- und neubesetzten Gebietes mit Ausnahme von Ludwigshafen werden zahlreiche derartige Fälle gemeldet. Die Besetzungsbehörde geht hierbei in rigorosester Weise vor, indem sie vielfach nur eine Frist von 1½ Stunden gestattet und auch nur die Mitnahme von Leibwäsche und Wertgegenständen gestattet, dagegen dürfen Möbel und Bettwäsche meist nicht mitgenommen werden. An anderen Stellen ist Eisenbahnbediensteten erklärt worden, daß sie, gleichgültig ob es sich um Dienst- oder Mietswohnungen handelt, Zwangseinquartierungen erhalten würden. Trotz aller Unterdrückung ist der Abwehrgeist der Eisenbahner ungebrochen.**

In gleicher Weise werden nach Meldungen aus verschiedenen Orten auch die Zollbeamten drangsaliert.

Die Strecke Neu-Neersen-Willisch ist infolge der Besetzung durch fremdes Eisenbahnpersonal vom deutschen Personal geräumt worden. Die Besatzungsbehörde hat angeordnet, daß die Diensträume der Güterabfertigung Krefeld von dem deutschen Eisenbahnpersonal geräumt werden müssen. Im Krefelder Güterschuppen lagen keine Güter mehr. Auf dem Bahnhof Honne-Siek haben **die französischen Kontrollposten das Umzugsgut der ausgewiesenen deutschen Beamten beschlagnahmt.** Der als verhaftet gemeldete Eisenbahninspektor Jury aus Sei ern ist mit seiner Familie ausgewiesen. Der Eisenbahnsekretär Kornelius von der Güterabfertigungsstelle Geldern und ein Weichensteller sind verhaftet und nach Aachen überführt worden.

Landfremdes Personal.

Auf der Strecke Krefeld—Dülken ist durch Zusammenstoß zweier von landfremden Personal geführten Züge die Eisenbahnstrecke für ein bis zwei Tage gesperrt.

London, 21. Februar. Die „Pall Mall Gazette" erfährt aus dem Ruhrrevier, daß sich dort gestern drei Eisenbahnunfälle ereignet haben, und zwar der erste zwischen Brühl und Bonn, bei dem niemand verletzt wurde, der zweite in Eder, wobei zwei Personen getötet wurden, und der dritte in Mülheim, wobei drei Soldaten getötet und 17 verletzt wurden.

Die Gefangenen von Bredeney.

Essen, 21. Febr. Stadtmedizinalrat Dr. Fischer durfte am Sonntag den im Rathause von Bredeney untergebrachten, vom Kriegsgericht verurteilten Essener Herren, Bürgermeister Schäfer, Regierungsrat Niedermeyer Oberwachmeister Niehoff und Dr. Guyenz einen Besuch abstatten. Er gab eine Schilderung von der Lage der Gefangenen. Als Zellen werden vier kleine Kellerräume benutzt, die ursprünglich für Personen bestimmt waren, die sich vorübergehend in Polizeihaft befanden. Für diese Gefangenen war die Höchstdauer des Aufenthalts in den Zellen auf vierundzwanzig Stunden bestimmt. Die vom Kriegsgericht verurteilten Herren sind in diesen Kellerräumen schon zum Teil bereits über acht Tage untergebracht. Sie hatten anfangs weder Licht noch Heizung. Durch die Bemühungen der Stadtbehörden und die Opferfreudigkeit der Bevölkerung sei es möglich gewesen, die Zellen, die jetzt mit Beleuchtung und Beheizung versehen sind, einigermaßen wohnlich auszustatten. Die Verpflegung der Gefangenen liegt in den Händen eines Bredeneyer Gastwirts, der in dieser Beziehung sein Möglichstes tue. Seit Montag habe man den Gefangenen den Empfang aller Besuche verboten. Es sollen Schritte unternommen werden, um das Los der verurteilten Herren mit Hilfe des internationalen Roten Kreuzes zu mildern.

Wegen Nichtgrüßens wurden vom Kriegsgericht in Bredeney zwei Polizeileutnants zu einem Monat Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe bzw. drei Monaten Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe, ein Wachtmeister zu sechs Monaten Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe, fünf andere Polizeiwachtmeister zu je acht Tagen Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Kampf den deutschen Ministern.

Essen, 22. Febr. General Degoutte erließ einen **Befehl, nach dem den deutschen Ministern der Aufenthalt im Einbruchsgebiet verboten ist. Die Polizeiorgane und die öffentlichen Organe sind angewiesen, die Minister beim Betreten des Einbruchsgebietes festzunehmen und den Militärgerichten der Besatzungstruppen zuzuführen. Falls es nicht geschieht, würden die angedrohten Sanktionen (Bestrafung der Städte und Ortschaften) durchgeführt werden.**

Frankreich verdreht die Tatsachen.

Berlin, 22. Febr. Auf die deutsche Protestnote vom 27. Januar wegen Verwundung des übrigens inzwischen der Verwundung erlegenen Arbeiters Dreers in Kirchenende bei Hagen hatte die französische Regierung am 13. Februar geantwortet, daß die französische Wache pflichtgemäß auf die deutsche Zivilperson geschossen habe, die trotz des Anrufes auf sie zugegangen sei. Die Haltung der Wache sei schon deshalb gerechtfertigt, weil in der Nähe der Stelle, wo eine Zivilperson verwundet wurde, ein Revolver gefunden worden sei. Darauf erwiderte die Reichsregierung in einer neuen Protestnote, die französische Darstellung entspreche nicht den Tatsachen. Dreers sei vielmehr nach Feststellung der deutschen Behörde von der Wache aufgefordert worden, nach Hause zu gehen. Als er das tat, hätte die Wache ohne Grund von hinten auf ihn geschossen, wie die Untersuchung der Wunde später ergab. Richtig sei, daß am nächsten Morgen ein französischer Offizier einen Revolver belgischen Ursprungs mit der Behauptung vorwies, daß die Waffe am Ort der Tat gefunden worden sei. Das Verhalten der Wache sei nicht gerechtfertigt, da diese auch nach der französischen Darstellung von Dreers garnicht bedroht war. Außerdem sei festgestellt, daß Dreers gar keinen Revolver besaß. Die Regierung hält also ihren Protest aufrecht.

*

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung eine Note zu übersenden, in der die deutsche Regierung gegen die neuen Blutaten französischer Truppen im Ruhrgebiet protestiert und sich vorbehält, volle Genugtuung zu fordern.

Der Hintergrund der Ruhraktion.

Senator Crespi enthüllt

Der italienische Senator Crespi hat am 16. Februar im römischen Senat Mitteilungen über die Vorarbeiten für den Vertrag von Versailles gemacht, die gerade besonders bemerkenswert sind. Crespi war während des Krieges Ernährungsminister und dann italienischer Delegierter im Ausland für die wirtschaftlichen Fragen der alliierten Kriegführung. Er betonte, daß für die Franzosen die Reparationsfrage zurücktrete hinter dem Wunsch nach Sicherung. „Die überwiegende Mehrheit aller wirksamen Kräfte in Frankreich ist heute", so erklärt der Senator, der den französischen Anschauungen nahesteht, „unbedingt überzeugt von der Notwendigkeit des Pufferstaates und von der weiteren Notwendigkeit, die französischen Truppen am Rhein und jenseits des Rheins zu halten. Und so bedient sich die französische Regierung einer großen wirtschaftlichen Kontroverse, um die nicht minder große politische Kontroverse der Sicherheit Frankreichs zum Austrag zu bringen." Weiter erklärte Crespi:

„Das Reparationsproblem war vor allen Dingen ein Gegenstand innerer Politik sowohl in England wie in Frankreich. Ich, der ich gemeinschaftlich mit D'Ameglio der ganzen gewaltigen Schlacht zwischen den Alliierten von Ende März bis Mitte April beigewohnt habe, als an dem achten Teil des Versailler Vertrages gearbeitet **George war nur zu Hause Extremist in seinen Forderungen an Deutschland.** Als ich Ende März für den erkrankten Sklaara in die Reparationskommission eintrat, fand ich Engländer und Amerikaner einig im Widerstand gegen die französischen Forderungen und es bedurfte eines besonderen Protestes englischer Parlamentarier, damit Lloyd George den englischen Delegierten Lord Summer und Lord Cunliff eine grundlegende Aenderung ihrer bisherigen Haltung befahl und so die Franzosen unterstützte. Von diesem Zeitpunkt an setzte jener Wettlauf ein, wer die Reparationsziffer unter Berücksichtigung des von Wilson aufgestellten Spiegels am höchsten treiben konnte und man gelangte dabei zu einer so absurden Ziffer, daß man sich hüitete, sie einzugestehen: **es fehlte nämlich zu einer Trilliarde nur sehr wenig!** Und man zog es vor, gegen den Protest der Amerikaner die Festsetzung der Endsumme neuen Konferenzen zu überlassen.

Wer hätte die Ziffer festsetzen können? Offenbar nur die Amerikaner. Wir Italiener waren damals bereit, ihnen in allem unbedingt zu folgen. Aber wir waren durch die Ziumefrage und durch die offen gebliebenen östlichen Grenzen so eingeschränkt in unserer Bewegungsfreiheit, daß wir die Initiative nicht ergreifen konnten, denn wir mußten uns hüten, uns die Feindschaft Englands und Frankreichs zuzuziehen, die wir dringend benötigten, wenn wir den Wilsonschen Widerstand gegen unsere östlichen Aspirationen bekämpfen wollten.

Ich erinnere mich, daß wir in unseren privaten Besprechungen mit den amerikanischen Delegierten bereits übereinstimmend zu einer Ziffer gelangt waren, und diese Ziffer betrug alles in allem 150 Milliarden Goldfrank, also ungefähr die gleiche Summe, die, wenn ich mich recht erinnere, von deutscher Seite mit 100 Milliarden Goldmark angeboten wurde.

Es braucht nicht hervorgehoben zu werden, daß es Amerika war, das durch die Ablehnung der Ratifikation die politische Grundlage des Vertrages von Versailles zerstörte und so erneut das Problem von der „Sicherheit Frankreichs" aufrollte."

Die abgelehnte Intervention.

Das englische Unterhaus hat den gemeinsamen Antrag der Lloyd George- und der Asquith-Partei mit einer überraschend hohen Mehrheit von 109 Stimmen abgelehnt. In der Schlußerklärung hat Bonar Law sich noch einmal auf seinen ursprünglichen Standpunkt gerettet, indem er sage, er wisse nicht, wann der Augenblick für eine Intervention kommen könne. Bisher sei er jedenfalls nicht gekommen, und es sei eine bessere Politik, hoffnungsvoll darauf zu warten, daß sich eine Gelegenheit bieten möchte, als zu intervenieren. Er äußerte ferner, daß der deutsche Widerstand auf der Ueberzeugung beruhe, daß die Sanktionen um unerfüllbarer Forderungen willen Deutschland auferlegt wurden. Verzweiflung habe die Deutschen veranlaßt diese Haltung einzunehmen. Mit anderen Worten, die englische Regierung drückt sich um jede Verantwortung und bekennt sich in der Hauptsache zu der Politik der Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten stehen bekanntlich auf dem Standpunkte, daß jegliche Teilnahme an den Lösungsversuchen des europäischen Problems zur Zeit noch unangebracht wäre, da Europa immer noch kriegerischen Geistes sei. Wenn wir uns daran erinnern, daß Poincare vor wenigen Tagen halbamtlich hat erklären lassen, er kenne nur eine Lösung der Ruhrfrage und diese wäre die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, so versteht man, gegen welche Macht sich diese Politik im Grunde richtet.

Wir müssen das Ergebnis dieser zweiten Unterhausdebatte begrüßen. Einmal hat es den Anschein, als wüchsen die innerpolitischen Schwierigkeiten für den Lekter der französischen Politik, zum anderen würde die Verweisung des Streites an den Völkerbund für uns eine unannehmbare Lösung bedeuten. Frankreich könnte eine Völkerbundsintervention stets verhindern, denn sie wäre nicht gegen den Willen eines seiner Mitglieder möglich. Außerdem würden wir nur formell dabei sein, aber nicht als gleichberechtigte Partei. Eine Verweisung an den Völkerbund würde die gleichen Ergebnisse haben wie früher. Man denke an Eupen-Malmedy, an Oberschlesien und ähnliche Erfahrungen.

Dennoch bleibt „die Gelegenheit", auf welche Bonar Law zu warten gibt, ein politisches Mysterium. Was man sich darunter vorstellt, ist unklar. Uebertragen wir die politische Formel Bonar Laws ins Deutsche, so lautet sie: ich habe keine Ahnung, was ich will, keine Vorstellung von dem, was geschieht. Nur das Eine weiß ich, was jetzt von Frankreich unternommen wird, ist schlimm, aber verhindern kann ich es auch nicht. Also warten wir ab. Aber auf was wartet man? Es kann sich doch nur um eine Frage handeln: nämlich, was kann Deutschland machtpolitisch aushalten, wie groß ist seine Widerstandskraft als Nation. Sie ist größer, als man angenommen hat. Aber die Belastungsprobe ist noch nicht zu Ende. Nur wenn die Wirkung unseres Widerstandes weltpolitische Bedeutung erreicht, wenn sie als ein Faktor gegenüber dem militärischen Zerstörungsbestreben Frankreichs bewertet werden kann, nur dann wird sich die „Gelegenheit" finden, um einzugreifen. Aber es ist doch keineswegs sicher, daß die englische Intervention, sofern sie kommt, zu unseren Gunsten verlaufen wird. Wir müssen daher die uns noch verbleibende Frist der Nichteinmischung anderer Staaten dazu benutzen, um unsere politische Front weiter zu festigen, stärker auszubauen, daß ein französenfreundlicher Vermittlungsversuch Englands von vornherein zum Scheitern verdammt ist. Je mehr wir leisten, umsomehr Sympathien erringen wir in der Welt. Aber wir werden sie nur erringen, wenn wir standhaft bleiben, ausharren im Kampfe um die Zukunft unseres Volkes, um das Erbe unserer Kinder.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230222-13/fragment/page=0001

Der unbefriedigende Vergleich.

London, 21. Februar. Während man heute schon den von Bonar Law angebotenen Vergleich als durchaus unbefriedigend erklärt, drängen die Franzosen mit aller Macht auf weitere Zugeständnisse. Die Erlaubnis, die drei Hauptlinien, die die britische Zone durchlaufen, in demselben Umfange zu benutzen wie vor dem Einbruche, entspreche ihren Bedürfnissen in keiner Weise, und es müsse daher als Minimum die völlige unbeschränkte Benutzung einer der drei Hauptlinien zugestanden werden mit voller englischer Garantie gegen jede Betriebsstörung und Sabotage durch die deutschen Eisenbahner. Hier wird auch in Regierungskreisen eine Annahme dieser Forderung durch eine englische Regierung als völlig ausgeschlossen angesehen, da sie sich durch eine Kapitulation, wie es selbst der durch und durch franko-belgische „Daily Telegraph" ausdrückt, in Frankreich völlig verächtlich machen würde. Hingegen tritt die Möglichkeit eines Gesamtrückzuges der Engländer — Bruch der Entente, wieder in den Vordergrund. Der französischen Behauptung, der Versailler Vertrag gebe in Artikel 212 Frankreich ein Recht auf die freie Benutzung der Eisenbahnen innerhalb der britischen Zone, wird mit dem Hinweis begegnet, ein solches Recht möge bestehen für die Zwecke, auf die sich alle Alliierten im Uebereinstimmung mit dem Versailler Vertrag geeinigt hätten, aber nicht für solche, denen nicht alle Alliierten zugestimmt hätten und die nach der britischen Auffassung gegen den Vertrag seien.

Nach Washingtoner Meldungen sei zu erwarten, daß die Washingtoner Regierung nun nach der Annahme der britischen Fundierungsofferte durch den Senat ohne viel Verzug die Frage der **Fundierung der französischen Schuld** anschneiden werde. Es wird betont, die Aktion der französischen Kammer, bestehend in der Zustimmung zu einem Darlehen von 400 Millionen Franken an Polen, habe im Kongreß den übelsten Eindruck gemacht und jede Möglichkeit zerstört, daß Frankreich mildere Bedingungen erhält als England.

*

Paris, 21. Februar. Der Offiziöses des Kabinetts Poincare, Marcel Hutin, hat bei Besprechung mit Ministern den Eindruck gewonnen, den er heute im „Echo de Paris" wiedergibt, daß man sich dem Tage immer mehr nähere, wo Berlin sich bereit erklären werde, mit Paris zu verhandeln, je rascher es dies tun wolle, je besser wäre es.

Zu dieser offiziösen Auslassung ist zu bemerken, daß Berlin bereits wiederholt bekanntgegeben hatte, daß es zu Verhandlungen mit den Alliierten bereit wäre, während aber aus Paris keinerlei günstiges Echo auf diese Nachricht kam.

Die Furcht vor der Wahrheit.

Der verhaftete holländische Journalist.

Der Berliner Korrespondent des holländischen „Algemeen Handelsblad" meldet seinem Blatte aus Elberfeld vom 20. Februar abends: „Ich hatte am Sonntag nachmittag in Gelsenkirchen Gelegenheit, mit zwei Filmoperateuren, die ich speziell zum Zwecke der Feststellung der wahren Tatsachen in das Ruhrgebiet mitgenommen hatte, Filmaufnahmen zu machen von den Straßenszenen in der Nähe des Rathauses, die ich brieflich noch im einzelnen beschreiben werde. Ich schicke voraus, daß ich für die Filmaufnahmen im ganzen besetzten Gebiet, auch im Ruhrgebiet, die spezielle Genehmigung des kommandierenden General Degoutte hatte und daß ich meine Aufnahmen in Gelsenkirchen erst angefangen habe, nachdem ich dem zuständigen Offizier meine Erlaubnis ausdrücklich gezeigt hatte.

So war ich zufällig in der Lage, verschiedene kinematographische Bilder aufzunehmen von der vollkommen nutzlosen provozierenden Haltung der französischen Truppen, die mit aufgepflanztem Bajonett in schnellem Schritt unaufhörlich die ruhige Bevölkerung vor sich hertrieben und die Deutschen mit Rückenstößen vorwärtsschoben, so daß es nur der unbegreiflichen Ruhe der Passanten zu verdanken war, daß keine Unglücksfälle passiert sind.

Als ich darauf am nächsten Tage mit meinen Operateuren im Auto durch Gelsenkirchen fuhr, um Recklinghausen zu erreichen, wurde ich verhaftet und unter militärischer Bedeckung zum Obersten Schubler ins „Hotel zur Post" in der Nähe des Rathauses geführt, wo man meine Aufnahmen beschlagnahmte und mir die Erklärung abgab, ich hätte Filmaufnahmen gemacht, deren Vorführung **für Frankreich eine ungünstige Propaganda** bedeuten könnte. Erst nach zweieinhalb Stunden erklärten mir die Offiziere, man gebe mir die Freiheit zurück, der Film aber werde sofort zur Entwicklung nach Düsseldorf geschickt werden. Am Dienstag Nachmittag sollte ich mich in Düsseldorf bei General Degoutte melden. Hier wurden mir außerdem meine französischen Papiere abgenommen.

Wenn man französischerseits der Meinung ist, daß man durch dieses Auftreten gegen einen der objektiven Wahrheit dienenden, nur die tatsächlichen Ereignisse auf kinematographischen Wege festhaltenden neutralen Journalisten der französischen Propaganda dienen kann könnte sich der Irrtum herausstellen! — Ich werde brieflich noch Gelegenheit haben, die interessanten Einzelheiten meiner Aufnahmen und meiner Freiheitsberaubung zu veröffentlichen."

Eine Rede Dr. Luthers in Hamburg.

Im Hamburger Curio-Hause fand am Dienstag Abend ein vom Ostasiatischen Verein veranstalteter Ostasiatenabend statt. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Ostasiatischen Vereins March ergriff der Reichsernährungsminister Dr. Luther das Wort zu einem Vortrag über das Ruhrgebiet.

Der Minister schilderte eingehend die wirtschaftliche Bedeutung des Ruhrgebiets mit seinen riesigen industriellen, technischen und sonstigen Einrichtungen. Er bemerkte, daß, wenn es den Franzosen gelänge, sich den Ruhrkohlenbezirk anzueignen, sie sieben Zehntel des Steinkohlenvorkommens und vier Fünftel der Hochöfen des ganzen Kontinents in die Hände bekommen würden.

Der Ruhrkohlenbezirk sei mit seinen Eisenbahnen völlig unentwirrbar,

und die Franzosen würden es nie lernen, dieses Eisenbahnsystem zu meistern. Der Minister warnte davor, zu glauben, als handele es sich nur um einen örtlichen Kampf. In ganz Deutschland sei eine Stimmung aufgeflammt, die uns wieder fühlen lasse als ein einheitliches Volk. Das deutsche Volk des unbesetzten Gebietes müsse sich in jeder Stunde sagen: Es ist dein eigener Kampf, der dort gekämpft wird, aber auch der Kampf der im Ausland lebenden Deutschen. Wenn es den Franzosen gelänge Deutschland zu zerbrechen, wenn es ihnen gelänge, den Rhein und darüber hinaus die Ruhr sich anzugliedern, dann wäre das Frankreichs und Belgiens eigenes Unglück. Wir hätten ein durchgebildetes Völkerrecht gehabt, nach dem man z. B. nicht Krieg führe gegen die Bevölkerung eines Landes, sondern gegen den Staat. Die Franzosen und Belgier hätten jedoch mit ihrem jetzigen gewaltsamen Vorgehen

das Völkerrecht mit Füßen getreten

und damit jedes Rechtsbewußtsein vernichtet. Damit hätten sie ein Beispiel von Rechtsverachtung gegeben, von dem niemand wisse, wohin es überspringe. Das sei das Ende jeder Kultur und jeder Zivilisation. Zur Bekämpfung von Sturmfluten schütze man sich an der Meeresküste durch Deiche. Deiche bauen sei passiver Widerstand, und „wer nicht will deichen, der muß weichen." Das ganze Volk muß jetzt deichen, jeder muß fühlen: tua res agitur!, um deine Angelegenheiten handelt sich's.

Keine Konzession an Frankreich.

Auf dem Verbandstag der beiden preußischen Polizeibeamten-Verbände in Berlin hat Minister Severing nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden eine Rede gehalten, aus der der Amtliche Preußische Pressedienst nach dem Stenogramm noch folgende Ausführungen wiedergibt:

„Man hat versucht, gerade die Schutzpolizeibeamten in den letzten Tagen an der Ruhr zur Kapitulation zu bewegen. Der General Fournier in Essen hat mit dem Vertreter der Stadt und den übriggebliebenen Spitzen der Schutzpolizei verhandelt, um die Schutzpolizei zu **Nachtwächtern herabzudrücken** (Hört, hört!), **zu Nachtwächtern im übelsten Sinne des Wortes.** Ein Nachtwächter braucht durchaus nicht das Zerrbild zu sein, dessen man sich in spöttischer Weise bedient, aber das, was ihnen zugemutet wird, ihren Dienst in Zivil zu versehen, mit einer Armbinde und einer Nummer, das wäre nichts anderes, als die schimpflichste Art des Nachtwächterdienstes. (Lebhafte Zustimmung und Pfuirufe!) Es ist selbstverständlich, daß diese Zumutungen abgewiesen worden sind, daß gestern abend noch in später Stunde die zuständigen Provinzialbehörden Weisung bekommen haben, **unter keinen Umständen von französischen Gewaltshabern irgend eine Konzession zu geben.** (Beifall.) Sie unter dem Befehle junger französischer Offiziere zu stellen, nur um die Erlaubnis zu bekommen, einige blaue Mannschaften der Polizei wieder in den Dienst stellen zu können, **dazu sind uns die jungen französischen Offiziere zu grün und wir nicht blau genug.** (Stürmischer Beifall und Heiterkeit!) Es ist selbstverständlich — ich betone das noch einmal — daß die Polizeibeamten ihre Ehre darein legen müssen, an der Spitze der Abwehrbewegung zu bleiben und sich nicht zum Nachtrab degradieren zu lassen. (Sehr richtig.)

Wie die Dinge sich im einzelnen gestalten werden, das kann ich selbstverständlich hier heute noch nicht voraussagen. Und selbst, wenn ich mir über die Technik des weiteren Polizeidienstes schon im klaren wäre, würde ich es hier nicht sagen können."

Die Rede des Ministers wurde oft von stürmischen Beifallskundgebungen der Polizeibeamten unterbrochen und nach Schluß der Ansprache kam es zu einem langanhaltenden Beifallssturm.

Sammlung
für die bedrängte Ruhrbevölkerung.

Weitere Quittung: Frau Geheimrat H. 2000. —, Fräulein E. H. 1000. —, Fräulein L. W. 500. —, Deutschnationale Frauengruppe (Nachtrag) 1000 Mk., zusammen 4 500 Mark.

Vortrag 1 018 264. — Mk. **Insges. 1 022 764. — Mk.**

Wir bitten um Ueberweisung weiterer Spenden!

Ende des französischen Kohlenstreiks.

Paris, 21. Februar. Wie die Morgenblätter mitteilen, haben die kommunistischen Gewerkschaften auf einer gestern abend in Paris abgehaltenen Versammlung beschlossen, die streikenden Grubenarbeiter auch von den lothringischen Gruben zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern. Hiermit kann der französische Grubenarbeiterstreik als beendet angesehen werden.

*

Wie der „Matin" mitteilt, hat die Reparationskommission sich gestern unter Vorsitz Barthous mit einer sehr delikaten Angelegenheit befaßt. Holland hatte mit dem deutschen Kohlensyndikat einen Vertrag abgeschlossen, nach dem das Kohlensyndikat sich verpflichtet hatte, in den Grenzen seiner Disponibilität gewisse Mengen Kohle an die Niederlande zu liefern. Nachdem das Kohlensyndikat bei Besetzung des Ruhrgebiets nach Hamburg übersiedelt war, wandte sich die holländische Regierung an Frankreich und Belgien, um die für Hollands Verbrauch notwendigen Mengen Kohle zu erhalten. Diese Angelegenheit, die die Frage der Verteilung der Kohle im besetzten Gebiet aufwirft, wurde der Reparationskommission überwiesen, die, bevor sie eine Entscheidung treffen will, beschlossen hat, am kommenden Mittwoch die Vertreter Hollands anzuhören.

*

Ein amerikanischer Vorschlag.

Der „L.-A." berichtet aus London, der amerikanische Botschafter Charles Schwab habe in einem Interview erklärt, eine zufriedenstellende Lösung der Ruhrkrise und der andern Fragen, die aus dem Reparationsstreit entstanden sind, könne am besten dadurch erreicht werden, daß eine internationale Kommission von führenden Leuten des Wirtschaftslebens die Verhältnisse Deutschlands prüfe.

Gerger Schulverhältnisse.

Erfurt, 21. Februar. Der verantwortliche Redakteur der „Mitteldeutschen Zeitung", Reinhard Wendel, stand gestern vor der hiesigen Strafkammer, um sich gegen die Anklage der Beleidigung der Mitglieder der Geraer Schulverwaltung zu verantworten. Der Angeklagte trat den Wahrheitsbeweis an. Dabei wurde festgestellt, daß in der Geraer Gemeinschaftsschule, einer sozialistischen Schöpfung, ohne jeden Plan gewirtschaftet wird, und jeder treiben kann, was er will. Ein älterer Lehrer sprach als Zeuge von Nacktänzen und Maskeraden in der Schule. Des weiteren wurde festgestellt, daß über die Bestrafung von Schülern ein Schülerrat befragt werden mußte usw. Das Gericht sah den Wahrheitsbeweis für erbracht an und sprach den Angeklagten kostenlos frei.

Aus Stadt und Umgebung

Frau Holle.

Früher, als wir noch kleine Kinder waren, zu der Zeit, da uns noch nicht die Luft anwandelte, den Dingen auf den Grund zu leuchten, erstaunten wir daß über eine Mär, die man uns mit vieler Mühe eingeblüut hatte. Und wir glaubten sie! Wäre jemand gekommen und hätte behauptet, das sei alles Unsinn, so hätten wir erstmal gründlichst geheult und unsere Weltanschauung hätte umwelgerlich eine niemals mehr zu verwindenden Riß bekommen. Jene Mär also gipfelte in dem Satz: Wenn's schneit, so schüttet Frau Holle ihre Federbetten aus! Diese damals so überwältigende Eröffnung, hat sich — mag einer sagen was er will — bis auf den heutigen Tag lebendig erhalten, und wofern man „beneidenswert" glücklich verheiratet sein und seine Bemühungen nicht erfolglos geblieben sein sollten, wird man nicht verfehlen, den Kinderglauben seiner Sprößlinge, (ich nehme an, daß es mehrere sind) um eine neue Tatsache zu vertiefen. Dazu war in den letzten Tagen hinreichend Gelegenheit. Es ist nur nötig, um die Geschichte greifbarer zu demonstrieren, auf wenig begangenen Straßen, lustwandelnder Weise die den Säuglingsschuhen entwachsenen Kinder von der Richtigkeit zu überzeugen. Wenn ich jetzt in diesem Zusammenhange von jungen Hunden spreche, so bitte ich, nicht darob aufzufahren, sondern an die längst festgelegte Tatsache zu denken, daß Kinder und junge Hunde in ihrem Wesen so manches gemeinsam haben. Ich verweise auf das Presberscke Buch: „Von Kindern und jungen Hunden". Diese vierfüßigen Hausgenossen können nicht erstaunter sein. Wenn sich ihre Bestürzung einigermaßen gelegt hat, so wird wütend in das weiße Etwas gebissen und schließlich herausgefunden, daß es sich herrlich darin herumwühlen läßt. Aber daß Knaben ähnliche Anwandlungen haben, versetzt in einigem Maß in Erstaunen. So war gestern zu beobachten, daß zwei Jungen, nachdem sie durch kontiktantes Gebrüll den Kleinmut verscheucht hatten, die Köpfe metertief in aufgeschaufelten Schnee steckten. Dieses Vergnügen wurde je nach Laune wiederholt.

Der Wintersport in Merseburg steht in vollster Blüte. Man rodelt, wo es nur irgendetwas zu rodeln gibt und bringt den Verkehr besorgniserregend in Gefahr. Das soll alles mit stoischstem Gleichmut hingenommen werden, wenn sich die Jugend nur richtig austobt. Höre, Zeitgenosse, sofern du es noch nicht wissen solltest: in Merseburgs Straßen wird Ski (Lies: Schieh!) gelaufen. Unter lebhaften Anstrengungen bewegten sich gestern einige Jünglinge scheinbar durch die Gassen. Auf dem Gotthardtsteich bemüht man sich in schön geformten Bogen. Alle Wintersportbeflissene hat eine Erregung ergriffen, die die blitzenden Augen und gerötteten Wangen sich bemerkbar macht und an längst vergangene Zeiten gemahnt, wo wir hinterher für einen lächerlichen Preis einen glühheißen Punsch trinken konnten. Trotzdem: Das Leben lacht!

*

Spenden für das Kinderheim.

Für das städtische Kinderheim, Unteraltenburg 12, gingen einige erfreuliche Spenden ein: Fr. Schönemann 200, Ungenannt 350, Herr Bahnhofswirt Flohrstedt 1000, Ungenannt 300, Ungenannt 1000, Ungenannt 500 Mark.

Nur mit Hilfe solcher Sepnden ist es heute möglich, die bestehenden Einrichtungen zum Wohle der Allgemeinheit aufrecht zu erhalten.

Rettet die Ruhrkinder!

Die wirksamste Ruhrspende ist doch wohl die, daß wir die armen Kinder aus dem Ruhrgebiet bei uns aufnehmen. So erfreulich auch die reichen Geldmittel sind, die gegenwärtig für die tapferen Brüder im Westen bei uns fließen, so bleibt doch die Kinderhilfe die Hauptsache. Die Franzosen geben ja lieber die Milch ihren Hunden zu saufen, als daß die armen, unschuldigen deutschen Kinder ein wenig davon abbekommen. Merkt Ihr noch nicht, Ihr lieben Brüder und Schwestern, worauf der Franzmann es abgesehen hat? Auf, nehmt Euch dieser Kinder an! Ihr wollt doch nicht mit Schuldsein an ihrem Verderben! Und Deutschland darf doch nicht untergehen!

Die Vorsitzende des Vaterländischen Frauenvereins Merseburg-Land, Frau Superintendent Uhse-Niederbeuna, hat die Vermittlung und Fürsorge für die Kinder des Ruhrgebietes in Merseburg-Land übernommen. Wer ein oder mehrere Kinder bei sich aufnehmen will, melde sich alsbald bei der genannten Stelle oder am einfachsten bei der Helferin des Vereins in seiner Gemeinde. Man vergesse nicht anzugeben, ob ein Knabe oder Mädchen gewünscht wird und in welchem Alter die Kinder etwa stehen sollen. Meldungen sind bis spätestens den 5. März zu bewirken. Eile ist geboten. Man säume darum nicht.

Opferfreudigen Herzen wird diese neue in den Weg geworfene Aufgabe sicherlich reichen Segen bringen. Denn das große Jesuswort ist noch immer in Kraft und Geltung: „Wer ein solches Kind aufnimmt in meinem Namen, der nimmt mich auf."

Versammlung des Bauernvereins.

Der Bauernverein Merseburg und Umgegend hielt gestern im „Zivoli" seine Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Gutsbesitzer F. Frauendorf, eröffnete ½4 Uhr die gut besuchte Versammlung, erinnerte mit kurzen Worten an die schwierige Lage unseres Volkes und forderte zu reger Beteiligung an der Ruhrspende auf. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Formalitäten und Mitteilungen ging man zum zweiten Punkt der Tagesordnung über: Der Auszeichnung Treudienender. Die Namen derer, die lange Jahre treue Arbeit für ihren Herrn geleistet haben, sind: Wilhelmine Reisarth, Therese Knabe, beide 22 Jahre, Martha Schröder, Anna Schönebeng, Else Sachse, Martha Schmidt, diese je fünf Jahre im Dienste. Alle treuen Arbeiterinnen erhielten neben einem namhaften Geldgeschenk eine Ehrenurkunde von der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen. Nach einer kurzen Besprechung über das 43. Stiftungsfest, das am 3. März im „Casino" stattfinden soll, hielt Assistent K. Müller einen Vortrag mit Lichtbildern über Pflanzenkrankheiten, an dem als Gast auch die Landwirtschaftliche Schule Merseburg teilnahm. Der Vortragende zeigte an verschiedenen Pflanzen die gefährlichsten Krankheiten und forderte zur energischen Bekämpfung auf. Dazu gab er die Mittel an, die die Versuchsstation Halle als die für unsere Provinz besten gefunden habe. Man folgte dem leichtfaßlichen Vortrage mit allgemeiner Aufmerksamkeit. Nach einer kurzen Debatte über den Vortrag schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Veränderungen im Postscheckverkehr.

Im Postscheckverkehr treten mit Wirkung vom 1. März folgende Aenderungen ein: 1. Der Betrag der Stammeinlage wird auf 1000 Mark erhöht. 2. Die Eingahlungen mit Zahlkarte, die Ueberweisungen und die Auszahlungen durch Postscheck müssen auf volle Mark lauten. Im März werden noch Pfennigbeträge zugelassen, wenn sie zur Abrundung des Postscheckguthabens auf volle Mark dienen. 3. Der Einlieferer hat die Zahlkartengebühr bar zu entrichten. 4. Sammelaufträge werden nur noch zugelassen, wenn die Zahl

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230222-13/fragment/page=0002

der Empfänger mindestens 10 Mark beträgt. 5. Die Meistbeträge werden für einen Postscheck auf 1000 00 Mark, für telegraphische Zahlkarten, Ueberweisungen und Zahlungsanweisungen auf 200 000 Mark erhöht.

Falsche Reichsbanknoten zu 1000 Mark.

Von den seit Oktober vorigen Jahres dem Verkehr zugeführten Reichsbanknoten zu 1000 Mark mit dem Datum des 19. 9. 1922 ist eine Fälschung aufgetaucht, die als solche an den nachstehend aufgeführten hauptsächlichsten Merkmalen unschwer zu erkennen ist. Papier: Glatt, weich im Stoff. Das Wasserzeichen ist durch Fettaufdruck vorgetäuscht. Vorderseite: Matte, unruhige, durch den fetten Wasserzeichenaufdruck mehr verwischte Gesamtausführung. Die bei echten Noten in der Mitte befindliche, große, helle Wertzahl 1000 mit der ornamentalen Umrahmung im Unterrandmuster fehlt. Rückseite: Das Linienmuster des Grauddruckes ist flächiger gehalten. Die kleinen dunklen, regelmäßig wiederkehrenden Kraftstellen des echten Musters fehlen. Vor Annahme dieser Nachahmungen wird gewarnt. Für die Aufdeckung von Falschmünzerwerkstätten zahlt die Reichsbank, deren Falschgeld-Abteilung, Kurstraße 49 III, entsprechende Mitteilungen unter Zusicherung von Diskretion entgegennimmt, an Personen aus dem Publikum nach wie vor hohe Belohnungen.

English als erste Fremdsprache.

Der amtliche Deutsche Pressedienst schreibt:

Mehr und mehr hat sich im Laufe der letzten Jahre in pädagogischen Kreisen der Gedanke durchgesetzt, im Unterricht unserer höheren Lehranstalten und Mittelschulen dem Englischen die ihm gebührende Stellung einzuräumen. In dieser Richtung hat auch das preußische Kultusministerium ständig gehandelt.

Um die Einführung des Englischen als erste lebende Fremdsprache da, wo sie gewünscht wird, noch zu Ostern zu ermöglichen, werden die Provinzialschulkollegien und Regierungen demzufolge ermächtigt, in diesem Jahre derartige Anträge selbständig zu genehmigen. Bisher sind solche Genehmigungen vom Kultusministerium selbst erteilt worden. Für die nächste Zeit wird eine endgültige Regelung im Zusammenhange mit der Neubearbeitung der Lehrpläne für die bisherigen Schulgattungen in Aussicht gestellt. Die neuen Formen der deutschen Oberschule und der Aufbauschule sehen ebenso wie die Mittelschule bereits die Möglichkeit vor, Englisch als erste Fremdsprache zu wählen.

An den Schulen, die von der jetzigen Ermächtigung Gebrauch machen, übernimmt das Englische zunächst einfach die Stundenzahl des Französischen. Es wird somit die beherrschende lebende Fremdsprache, während das Französische merklich zurücktritt. An den Realanstalten bleibt immerhin die Möglichkeit, die Schüler auch in dieser Sprache zu einer genügenden Beherrschung heranzubilden und die französische Kultur als Gegenbild der durch das Deutsche und Englische (unter Berücksichtigung auch seiner amerikanischen Ausprägung) vermittelnden germanischen Kultur deutlich zu machen.

Nur im Gymnasium, in dem bei dieser Regelung das Französische wahlfrei lediglich in der Oberstufe betrieben wird, muß es sich mit überwiegend praktischen Zielen begnügen. Hier ist ja aber das Lateinische als Rückgrat alles fremdsprachlichen Unterrichts und der Ausgangspunkt für die Betrachtung der romanischen Kultur.

Versammlungen und Veranstaltungen.

Passionsspiele (180. Bildungsabend). Wir weisen nochmals auf den 180. Bildungsabend, Freitag, den 23. Febr., abends 8 Uhr Schloßgartensalon hin; die Merseburger Spielgemeinde bietet außer dem Paradisspiele das Passionsspiel. Karten bei Stolberg.

Troisi-Tour in Beth's Gesellschaftshaus. Der Name wird genügen, um den geräumigen Saal sicherlich bis auf den letzten Platz zu füllen. In heutiger Nummer ist das umfangreiche Programm veröffentlicht, das in jeder Weise zugkräftig sein wird. Der Vorverkauf befindet sich wie immer bei Fräulein Neutsch, Tiefer Keller 4, sowie im Theaterlokal.

* * *

Ansteckende Krankheiten.

Burgliebenau, 21. Februar. Scharlach und Diphtherie, welche hier in besorgniserregender Weise auftraten, sind leider immer noch nicht erloschen, so daß selbst aus dem Saalkreise wegen des Hochwasser die Gesundheitshelfer zur Bekämpfung des Seuchenherdes dienstlich eintraten. Rund ¾ der zirka 20 Erkrankungsfälle ist tödlich verlaufen, so daß auch die Schule bis auf weiteres geschlossen werden mußte. Obwohl alle Maßnahmen gegen die Verbreitung der Epidemie getroffen worden sind, konnte dooch nicht verhindert werden, daß je ein Fall von Scharlach nach Döllnitz und Ammendorf verschleppt worden ist.

Ein Dieb gefaßt.

Döllnitz, 21. Februar. Auf frischer Tat ertappt wurde ein jugendlicher Dieb, welcher von Leipzig kommend in einem hiesigen Haushalt den Wäscheschrank ausräumte und sich den Rucksack mit den verschiedenen Stücken füllte. Dem Landjäger von Kleinkugel fiel das Benehmen des Burschen auf dem Bahnhof Dieskau auf und er nahm ihn deshalb fest, worauf sich der Diebstahl aufklärte und der Bestohlene seine Waren zurückerhielt.

Verschobenes Mehl.

Halle, 21. Februar. Durch die Aufmerksamkeit von Beamten des Güterbahnhofes in Halle ist es der Wucherstelle des Polizeipräsidiums gelungen, einen Waggon mit 200 Zentnern 85 proz. Kommunalmehl anzuhalten, das — obwohl zur ausschließlichen Versorgung der hiesigen Bevölkerung bestimmt — von einem Leipziger Händler nach auswärts verschoben werden sollte. Als Verkäufer des Mehles ist der Bäckermeister M. aus Halle ermittelt worden, der ohne das Eingreifen der Wucherpolizei an dem Geschäft den ansehnlichen Verdienst von rund 5 Millionen Mark erzielt haben würde. Er hat auf Grund der weiteren polizeilichen Feststellungen zugeben müssen, in letzter Zeit schon zweimal gleichgroße Posten mit wucherischem Gewinn verschoben zu haben. Das Mehl ist beschlagnahmt, die Täter werden sich demnächst vor dem Wuchergericht zu verantworten haben. Bei der Wuchersstelle sind im Laufe des Monats Januar insgesamt 53 Anzeigen wegen Verdachts der Preistreiberei erstattet worden. An die Staatsanwaltschaft sind im Januar 17 Anzeigen weitergeleitet woden.

Krähenkolonie.

Dieskau, 21. Februar. Die Waldbestände der hiesigen Rittergutsteichanlagen bilden allabendlich den Sammelpunkt von Tausenden und Abertausenden von Krähen, welche aus allen Richtungen der Windrose kommend hier eintreffen, um in den Wipfeln der hohen Bäume zu nächtigen. Am Morgen kehren sie dann nach ihren sonstigen Aufenthaltsorten zurück. Ihre Nistplätze haben sie jedoch nicht hierher verlegt. Hierzu dienten vor Jahren die Parkanlagen des Rittergutes Weßmar, wo sich zwanzig und mehrere Nistplätze fast auf jedem der Baumreihen dort vorfanden. Hier sind sie aber auch schon seit einer Reihe von Jahren vertrieben worden, worauf dann die Rabeninsel bei Völlberg ihre Zuflucht bildete, die aber auch nicht von allzulanger Dauer blieb.

Letzte Depeschen

Trotzkis Kriegsgelüste.

Stockholm, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) „Stockholm Tidningen" veröffentlicht einen Moskauer Bericht über eine außerordentliche Sitzung des Rates der Volkskommissare, in der Trotzki erklärte, **daß für Rußland im jetzigen Augenblick ein Krieg notwendig sei.** Die erhoffte Weltrevolution sei nicht zu erwarten, bevor die Rote Armee auf deutschem Boden steht. Die deutschen Kommunisten haben die Herrschaft über die Massen verloren und die Ereignisse im Ruhrgebiet haben im deutschen Proletariat wieder vaterländische Gefühle erweckt. — Der Rat der Volkskommissare pflichtete Trotzki bei, und es wurde beschlossen, vor allem die Ergänzung von Kriegsmaterial zu unterstützen.

Die Meldung klingt allzu unwahrscheinlich. Eine Bestätigung bleibt abzuwarten.

Frankreich sucht Fühlung mit Rußland.

Paris, 22. Februar. (Eig. Drahtber.) Das „Echo national" erhält folgende Information: Im französischen Ministerrat wurde beschlossen, die Unterhandlungen mit der Sowjetregierung wieder aufzunehmen. Alle Mitglieder des Kabinetts sprachen sich in diesem Sinne aus. Präsident Millerand, der sich energisch gegen diesen Plan wandte, konnte mit seiner Ansicht nicht durchdringen. Es wurde beschlossen, im Laufe eines Monats, eine neue französische Abordnung nach Rußland zu schicken.

Der heutige Dollarstand: 23000.

Berlin, 22. Februar. (Eig. Drahtber.) Der Dollar notierte heute vorbörslich 22 500—23 000, mittags um 1 Uhr 23 000.

Gegen ungerechtfertigte Preiserhöhung.

Berlin, 22. Febr. Der Reichswirtschaftsminister fordert in einem Rundschreiben an die Spitzenverbände der Industrie, des Handels, des Gewerbes, sowie der Konsumgenossenschaften auf, alle Maßnahmen zu treffen, um die Verbände und Einzelunternehmer zu veranlassen, die aus der Besserung der Mark sich ergebenden Folgerungen zu ziehen. Gleichzeitig richtete der Minister an die Landesregierungen ein Schreiben, in dem schleunigstes und nachdrücklichstes Eingreifen als erforderlich bezeichnet wird, um den durch die Maßnahmen des Reiches erzielten Erfolg der Markbesserung sicherzustellen. Bei ungerechtfertigte Preissteigerungen und Preisverbesserien wird in schärfster Weise mit Freiheitsstrafen und Handelsverboten vorgegangen werden.

*

Die Preisbildung, die unmittelbar vom Staat und seinen Organen beeinflußt wird, scheint von dem Erlaß überhaupt nicht betroffen zu werden. Obwohl, wie eine amtliche Kundgebung hervorhebt, der Papiermarkwert des Dollars vom Höchstkurse sich um mehr als die Hälfte ermäßigte, klettern die Tarife der Eisenbahn und Post unbekümmert weiter in die Höhe. Ebenso ist kürzlich der Kohlenpreis um 40 % in die Höhe geführt worden. Es ist nicht zu verstehen, warum bei einer solchen Valutaentwicklung die Preise hierfür nicht zum Stillstand kommen.

Aus Provinz und Reich

Ausraubung einer Mühle.

Berlin, 21. Febr. Eine sechsköpfige, wohl ausgerüstete Berliner Räuberbande unternahm in der Nacht zum 14. dieses Monats eine Reise nach Trebbin, wo sie es auf das Anwesen des Mühlenbesitzers Müller abgesehen hatte. Die Mühle liegt einsam ungefähr eine halbe Stunde vom Ort entfernt. Als das Ehepaar im Schlafe lag, drangen die Räuber, die Masken trugen und mit Blendlaternen und Revolvern ausgerüstet waren, in das Schlafzimmer ein, setzten den Eheleuten die Waffen auf die Brust und zwangen sie, ihr Geld, Schmuck- und Wertsachen herauszugeben. Nur mit dem Hemd bekleidet, mußten die Eheleute die Räuber in der Wohnung umherführen, wo sie alle Koffer, Schränke und Behältnisse durchwühlten. Für 15 Millionen Mark Werte fielen den Verbrechern in die Hände. Zuletzt zogen sie noch dem Ehepaar die Trauringe von den Fingern und zwangen sie, sich vorläufig ruhig zu verhalten, während sie die Räder der Eheleute und des Dienstpersonals bestiegen und damit davonfuhren. Die Räder haben sie dann in Annaburg verkauft und dort Fahrkarten nach Berlin gelöst.

Nette Zustände in Berliner Finanzämtern.

Berlin, 21. Februar. Unglaubliche Zustände herrschen auf den Finanzämtern. In den Papierkörben hat man jahrelang zurückliegende, unerledigte Berichtungen von zu Unrecht zur Steuer veranlagten Zensiten, Almosenempfängern, 80jährigen Erwerbslosen, Schüler und Schülerinnen, Krüppeln u. a. erwerbsunfähigen Männern, Frauen und Knaben vorgefunden. — Daß Schülerinnen zur Einkommensteuer nicht einmal, sondern mehrere Male trotz „aller Reklamationen" herangezogen werden, kommt täglich vor. 65- und 70jährige Personen sind mehrfach zu Unrecht zu Baukostenabgaben veranlagt und gepfändet worden. Die Kontrollen der Steuerämter für Luxus-, Beförderungs- und Umsatzsteuern grenzen an Schikanen. Die Zensiten werden dauernd zu den Steuerämtern „gebeten", um dort über Dinge ausgefragt zu werden, die ganz nebensächlich sind. Nach langem Warten können die Zensiten wieder nach Hause fahren. Niemand ersetzt Fahrkosten und Zeitverluste. An den Steuerkassen sieht es böse aus. Tagelang großer Andrang, selten kann man sein Geld gleich los werden. Drängen, warten, schieben, unverrichteter Sache umkehren ist die Losung. Aerger, Lauereien und Besuche von Steuerbeamten, zwangsweise Einziehungen sind an der Tagesordnung. Ueberall hört man nichts als Klagen. Kein Mensch weiß ein noch aus. Es muß eine Umordnung herrschen, die grenzenlos ist. — Und wer muß diese letzten Ende ausbaden?

Handel und Verkehr.

Devisen wieder schwächer.

Berlin, 21. Februar. Der Kursrückgang der Devisen trat ein, ohne daß von größeren Abgaben der Reichsbank die Rede war. Von Noten wurden genannt, österreichische Noten 27 Mark, Polennoten mit 56 Mark, ungarische Noten mit 6 Mark und rumänische Noten mit 1100 Mark.

Der erneute Rückgang der Devisenkurse setzte sich in den Nachmittagsstunden fort. Man nannte den Dollar mit 22 500 Mark.

Newyork sandte eine Dollarparität von 22 727—22 222.

Amtliche Berliner Wechselkurse vom 21. 2.

Amsterdam 9077,25—9122,75, Stockholm 6059,81—6090,19, Rom 1107,22—1112,78, London 107 730—108 270, Newyork 22 942,50—23 057,50, Paris 1406,47—1413,53, Zürich 4329,15—4350,85, Prag 683,28—686,72.

Effektenbörse.

Berlin, 21. Februar. Anfänglich fest für Spezialwerte, später schwankend und zum Teil schwach.

Inländische Anleihen wenig verändert. 4proz. Reichsanleihe 35 Prozent, 3½proz. Reichsanleihe 15 Prozent anziehend. Oesterreichische Renten vernachlässigt, Türken wenig verändert, nur Türkenlose 19 000 Mark gebessert. Die Ungarische Goldrente gab 5000 Prozent nach, während Ungarische Kronenrente 750 Prozent und 4½proz. Ungarn von 1913 6000 Prozent anziehen konnten.

Von unnotierten Werten wurden folgende Kurse genannt: Adler Kohle Aktiengesellschaft 21—22 000, Allgemeine Hochbau 8000—9000, Apts 18—19 000, Becker Kohle 17—18 000, Becker Stahl 19—21 000, Brown Boverie 12—13 000, Chemnitzer Hahn 9500—10 500, Chem. Zeitz 46—49 000, Deutsch. Evaporator 17—18 000, Eisen-Matthes 50—53 000, Fraureuth 24 000—26 000, Fischer und Roßmann 225—20 6000, Großkraft Franken 10—11 000, Hansa-Lloyd 11—12 000, Kabel Rheydt 25 000—26 000, Karstadt 4500—5500, Lichtenberger Weise 19—21 000, Meyer Textil 6000—7000, Meuer 9000—10 000, Muldenthal 8000—8500, Rivel 7000—8000, Schröder Margarine 9000—10 000, Stralauer Gas 25 000—20 000, Vema 10 000—11 000, Christoph und Unmack 25 000—28 000, Lindenthal 14 000—15 000, Schebera 13 000—14 000 ex.

Im weiteren Verlaufe engte sich der Verkehr immer stärker ein, und zum Schlusse waren auf der Mehrzahl der Gebiete nur noch Briefkurse zu hören.

Produktenmarkt.

Berlin, 21. Februar. Geschäft still bei mäßigerem Angebot zu wenig veränderten Preisen. (Nichtamtlich.) Drahtgepr. Weizen und Roggenlangstroh 19 500—21 000, drahtgepr. Haferstroh 18 500—20 000, bindfadengepr. Weizen- und Roggenstroh 17 000—18 000, geb. Roggenlangstroh 18 600—19 000, Häcksel 21 500—22 500, handelsübl. Heu 21 000—22 000, gutes Heu 22 000—23 000, Rapskuchen 37 000—38 000, Kokoskuchen 32 000—38 000. Weizenkleie 23 000, Biertreber 23 000, Treber 22 000, Haferkleien 19 000, Haferkleie 19 000, Palmkernschrot 21 000 für 50 Kilogramm einschließlich Verpackung. Alles ab Verladeort.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märk. 59—60 000, Roggen, märk. 50 000, schles. 50 000, Sommergerste, märk. 47—48 000, Hafer, märk. 42—43 5000 schles. 40 000, Mais loko Berlin 58—59 000, Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 145—160 000, Weizenkleie frei Berlin pro 50 Kilogramm 30—32 000, Roggenkleie 34—35 000, Raps 100—105 000, Leinsaat 100 000, Viktoriaerbsen 80—90 000, kleine Speiseerbsen 60—70 000, Peluschken 90—110 000, Ackerbohnen 55—65 000. Wicken 80—100 000, Lupinen ohne Angebot, Seradella 120—150 000, Rapskuchen 37—39 000, Leinkuchen 75 000, Trockenschnitzel 20—21 000, vollwertiges Zuckerschnitzel 29—30 000, Torfmelasse 30/70 9500—10 000, Kartoffelflocken 30—31 000.

Berliner Schlachtviehmarkt vom 21. Februar:

Der Auftrieb betrug: 1041 Rinder, 213 Ochsen, 259 Bullen, 59 Kühe und Farsen, 2243 Kälber, 728 Schafe, 3293 Schweine, 26 Ziegen, 158 Memeschweine. (Preise in Tausenden von Mark)): Ochsen: b) 180—190, c) 160—170, d) 130—150, Bullen: a) 190—200, b) 170—180, c) bis 160, Kühe und Farsen: b) 180—220, c) 160—170, d) 130—110, e) 100—120, Fresser 150—160, Kälber: b) 250—270, c) 220—230, d) 180—200, e) 150—170, Schafe: a) 190—210, b) 150—160, c) bis 130 Schweine: a) 340, b) 320—330, c) 315—320, d) 290—300 e) 260—280, f) bis 240, Sauen 290—300.

Marktverlauf: Bei Rindern ruhig, bei Schafen glatt, bei Schweinen glatt, Kälber glatt, ausgesuchte Ware über Notiz.

Magerviehmarkt Friedrichsfelde bei Berlin am 21. Febr.:

Auftrieb: 219 Schweine, 782 Ferkel. Verlauf: Langsames Geschäft bei weichenden Preisen. Es wurden bezahlt im Engroshandel für Läuferschweine: 7 bis 8 Monate alt, Stück 140—160 000 Mark, 5 bis 6 Monate alt, Stück 110—120 000 Mark, Pölke, 3 bis 4 Monate alt, Stück 70—80 000 Mark, Ferkel: 9 bis 13 Wochen alt, Stück 50—60 000 Mark, 6 bis 8 Wochen alt, Stück 40—50 000 Mark.

Berliner Butternotierungen.

Die Berliner Butternotierungskommission setzte heute die Preise zwischen Erzeuger und Großhandel wie folgt fest: 1. Qualität 4500, 2. Qualität 4100 zu 4000 Mark, abfallende gestiegen.

Berliner Metallpreise vom 21. Februar:

Elektrolytkupfer 8259, Raffinadekupfer 7100—7301, Rohzink 3800—4000, Weichblei 2900—3100, Aluminium 9572, Bancazinn 20 800—21 200, Nickel 13 000—13 500, Barrensilber 475 000—485 000.

Die deutsche Goldanleihe.

Laut „B. L. A." hat die Gesamtheit der Banken sich bereiterklärt, 100 Millionen Goldmark, also 50 Prozent der deutschen Goldanleihe zu übernehmen. Es wird angenommen, daß die Industrie den gleichen Betrag zeichnen werde.

Großhandelspreise in Leipzig im Verkehr mit dem Einzelhandel,

(Preise für ½ Kg. ab Lager Leipzig):

Kaffee, roh 8200—11 500, Kaffee, geröstet 10 000—14 500, Getreidekaffee 1000—1200, Korinthen, 1922er Ernte 4500—5000, Rosinen, 1922er Ernte 2500—2800, Sultanien in Kisten 4400—6500, Mandeln, bittere 4600—5600, Mandeln, süße 7600—8600, Mandelersatz 3000—4000, schwarzer Pfeffer 4600—4800, weißer Pfeffer 5800—6100, Kaneel 7600—11 600, Piment 3400—3600, Speiseöl 3600—3800, Heringe, gesalzen, in Orig.-Tonnen, Schotten 250—300 000, do. Norweger 150 000—190 000, Gerstengraupen 1100—1200, Haferflocken, lose 1100—1200, do. in Paketen 1400—1500, Kartoffelmehl 700—750, Maisnudeln 900—1100, Maismehl 750—850, Maisstärkestärke 1250—1350, Maisgrieß 725—850, Weizenstärke 1600—1750 Maisstärke 1650—1900, glac. Tafelreis 1100—1450, Burma-Reis 950—1050, Bruchreis 750—900, Hartweizengrieß 1400—1500, Weizengrieß 1200—1350, Weizenmehl 1025—1100, weiße Bohnen 850—1300, Linsen 1350—1500, Speiseerbsen 1150—1650, Makkaroni 1900—2300, Eierschnittnudeln 1900—2300, Schnittnudeln 1500—1560, Birnen, getrocknet 600—650, Pflaumen, getr. 900—2500, Mohnsaat 2600—3300, Kunstspeiseöl 3100—3400, Margarine 3200—4200, Kunsthonig 00—700, Marmelade 540—800, Hirse 1350—1450.

Verantwortliche Redaktion: Politik, örtl. und prov. Teil: L. Balz. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230222-13/fragment/page=0003

Die Falkner auf Lindenhöhe.

Roman von Reinhold Ortmann.

[16] (Nachdruck verboten.)

Mit einer Hast, die seinem Wesen sonst fremd war, verließ Brandt seinen Platz hinter dem Ladentisch und trat Lauf die Straße hinaus. Ein flüchtiges Zaudern nur, dann war er an ihrer Seite.

„Fühlen Sie sich nicht wohl, gnädige Frau? Ich bin der Inhaber der Apotheke. Kann ich irgend etwas für Sie tun?"

„Ich danke Ihnen," erwiderte sie leise. Ja — wenn ich für einen Augenblick irgendwo eintreten könnte. Es ist nur eine kleine Schwäche; sie wird bald vorübergehen."

„Wollen Sie sich, bitte, auf meinen Arm stützen. Wir haben nur ein ganz kurzes Stück zu gehen."

Ohne weiteres leistete sie seiner Aufforderung Folge. An den Eindruck, den Vorübergehende von der Szene empfangen mochten, dachte sie in ihrem augenblicklichen Zustand offenbar nicht. Brandt zeigte sich sehr besorgt und voll ritterlicher Teilnahme. Langsam führte er sie die wenigen Stufen zur Eingangstür der Apotheke hinauf. Und als sie im Laden angelangt waren, sagte er: „Sie werden nebenan im Wohnzimmer besser ruhen als hier. Wenn Sie es wünschen, schicke ich auf der Stelle nach einem Arzt."

„Nein, nein, das ist nicht nötig", wehrte sie ab. „Ich erlebte diesen Zustand schon öfters: es hat nichts zu bedeuten."

Sie ließ sich auch nicht auf das Ruhebett nieder, das er ihr anbot, sondern begnügte sich mit einem am Fenster stehenden Sessel. Ihr Atem ging sehr schnell, und ihr Gesicht war von wächserner Blässe. „Nur einige Minuten Ruhe!" hauchte sie. „Dann wird es vorüber sein."

„Sie fühlen Beschwerden am Herzen? Bitte, sagen Sie es mir. Wenn ich auch nur Apotheker bin, ganz ohne ärztliche Kenntnisse bin ich doch nicht."

Wieder machte sie eine verneinende Bewegung.

„Es ist nur ein nervöser Anfall. Wenn Sie mir vielleicht ein Glas Wasser reichen wollen — oder irgend etwas Belebendes —"

Er eilte hinaus und kam schnell mit einem Glas Wasser und einer Flasche zurück, aus der er einige Tropfen in einen Löffel träufelte. Behutsam, wie man einem kranken Kinde ein Heilmittel reicht, führte er die stark duftende Arznei an ihren Mund.

„Hoffmannstropfen — nicht wahr?"

„Ja, die Leute nennen es Hoffmannschen Lebensbalsam. Sie brauchen nicht zu fürchten, daß es Ihnen schaden könnte."

Sie nahm das Medikament mit geschlossenen Augen und lehnte sich in den Sessel zurück.

„Es ist ärgerlich, daß es mich diesmal auf der Straße befallen mußte", mermelte sie. „Das ist mir noch nie geschehen."

„Soll ich nicht doch lieber einen Arzt herbeirufen?"

„Nein. Und es wäre ja auch kaum möglich. Der Sanitätsrat ist ja selbst krank."

„Der Sanitätsrat Barenthin liegt allerdings an einem Gichtanfall darnieder. Aber da ist doch noch Doktor Germering; er wohnt hier im Hause."

Sie lehnte erneut ab: „Ich fühle mich schon besser. Nur noch ein wenig Ruhe, dann werde ich Ihnen nicht länger zur Last fallen."

Draußen schlug die Ladenglocke an.

„Es kam jemand," sagte sie, als er sich nicht vom Fleck rührte. „Wollen Sie nicht hinausgehen?"

„Ah, das wird so dringend nicht sein. Die Tiefenbrunner Kundschaft mag warten."

„Nein, nein, Sie dürfen meinetwegen Ihre Pflichten nicht versäumen. Sonst zwingen Sie mich, auf der Stelle zu gehen."

Er gehorchte stirnrunzelnd und wurde ein paar Minuten lang im Laden festgehalten. Als er wieder eintrat, saß sie aufrecht im Stuhl, noch immer sehr blaß, aber mit einem Lächeln auf den Lippen. Freundlich beantwortete sie seine Frage nach ihrem Befinden.

„Ich werde mich gleich völlig erholt haben. Die Anfälle sind immer nur von kurzer Dauer. Aber ich bin Ihnen großen Dank schuldig, Herr —"

„Brandt," ergänzte er, sich leicht verneigend. Auch sie nannte ihm ihren Namen.

„Die Gattin des jungen Herrn Falkner auf Lindenhöhe — nicht wahr? Soll ich Ihren Herrn Gemahl durch den Fernsprecher verständigen?"

„Nein — auf keinen Fall. Es würde mir sehr unangenehm sein. Ich kann den Heimweg ohne alle Bedenken allein zurücklegen."

„Aber Sie müssen unbedingt warten, bis Sie sich völlig wiederhergestellt fühlen. Ich hoffe, daß Sie mir gestatten, Ihnen zur weiteren Stärkung ein Glas Portwein oder Madeira anzubieten."

„Wie liebenswürdig Sie sind, Herr Brandt! Ich sage nicht nein."

Er hantierte jetzt so aufgeregt, daß Flasche und Glas in seinen Händen klirrten. Frau Signe nickte ihm abermals zu, als sie den kleinen geschliffenen Kelch an ihre Lippen setzte.

„Ah, das tut gut," sagte sie mit zufriedenem Aufatmen. „Aber warum setzen Sie sich nicht, Herr Brandt, wenn ich nun doch schon einmal Ihre Gastfreundschaft noch für eine kleine Weile in Anspruch nehmen soll?"

Er ließ sich, zwei Schritte von ihr entfernt, in einem Stuhl nieder. All die finstere Verdrossenheit, die sonst über seinem Wesen lag, war aus seinen Zügen verschwunden; aber die Häßlichkeit seines mageren, unregelmäßigen Gesichts wurde dadurch nicht vermindert.

„Gnädige Frau sind erst seit kurzem in Tiefenbrunn?"

Frau Signe seufzte: „Ja, erst seit einer Woche. Aber es ist mir trotzdem wie eine Ewigkeit. Wie ist es nur möglich, daß man dauernd in einem so kleinen langweiligen Ort leben kann?"

„Eine junge Frau von Welt mag wohl so fragen. Wir armen Sklaven unseres Berufs haben dazu leider kein Recht."

„Von einem gebildeten Manne kann ich solche Entsagung eigentlich am allerwenigsten verstehen. Ich stelle mir vor, daß sich ein Mann in der dumpfen Eintönigkeit einer so engen Umwelt notwendig unbefriedigt und unglücklich fühlen muß."

(Fortsetzung folgt.)

Dixin das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF

Familien-Nachrichten.

Geboren. Tochter des Kurt Bickel u. Frau, Halle

Gestorben. August Schulze, 66 Jahr, Groß-Corbetha; Werner Peters, 6 Mon., Weißenfels.

Heirat!

Jg. Dt.-Argentinierin, 20 J. alt, 600 000.— Pesos Vermögen, wünscht sich mit nur edeldenkendem Herrn, auch ohne Vermögen, zu verheiraten durch Frau Sauder, Berlin C. 25.

Gutsbes.-Tochter 34 J. 100 000 M. u. Ausfteuer w. bald Heirat, a. Wiw. Näh. Frau Zecken, Leipzig, Charlottenstr. 9. (Rückporto)

Speisezimmer Herrenzimmer Schlafzimmer Küchen und einzelne Möbel jeder Art

empfiehlt in großer Auswahl

G. Schaible

Möbelfabrik

Halle-S., Gr. Märkterstr. 20 am Ratskeller.

Landwirte! Viehhalter!

Bestes Hausmittel gegen Tierkrankheiten, Seuchen, Rotlauf, insbesondere Kälber- und Ferkeldurchfall, ist die weltberühmte präzipitierte Salizylsäure

250 gr 700.— Mk.
150 gr 4000.— Mk.

J. V.: P. Martin Pott Delitzsch.

Benzol- und Rohölmotoren

jeder P. S.-Stärke, aus Privathand zu kaufen gesucht.

Franz Buchholz, L.-Großzschocher, Elsterstraße 7.

Trotz Dollarsturz

zahle ich hohe Preise für

Gold-, Silber-, Platin-

Bruch und Gegenstände

Zahngebisse, Brillanten.

Edelmetallschmelze v. Heeringen

Oelgrube 7.

Zur Beachtung! Bevor Sie Gegenstände aus Gold, Silber und Platin irgendwo verkaufen, lassen Sie dieselben bei uns kostenlos abschätzen. Anhaltische Gold- und Silber-Scheideanstalt, Dessau. Vertr. in Leipzig: W. Kossack, braune Eilboten, am Bahnhof, Rich.-Wagnerstr., gegenüber Café Ruhland. Auch luxusteuerfreier Ankauf zu den höchsten Tagespreisen!

C. A. Klemm

Fernspr. 22096 **Leipzig 1** Neumarkt 26

Violinen
Mandolinen
Lauten
Guitarren
Saiten aller Art
Sämtl. Zubehör für alle Instrumente

Versand nach auswärts.

Alleinvertretung der

Revalo-Tonveredlungs-A.-G.

Berlin.

Ausführliche Broschüre über „Revalo" bitte zu verlangen.

Brillanten, Uhren jeder Art, Gold-, Silber-Schmuck,

(Bruch), Ringe, Ketten, Broschen, Edelsteine u. s. w. kauft seit vielen Jahren zu hohen Preisen

Herm. Schindler,

Gegr. 1883. Uhrmacher und Juwelier Gegr. 1883.

Halle a. S., Kleine Ulrichstraße 35.

VEREINIGTE THEATER

Kammer-Lichtspiele, Kl. Ritterstrasse 3. Tel. 529. — Modernes Theater, Gr. Ritterstrasse 1.

Programme von Freitag bis Montag.

Die Rätsel Afrikas! IV. T. Durch die Höllen d. Urwaldes!

Der größte u. gewaltigste Raubtierfilm der Gegenwart. 6 Akte

Die Lannen der Nelly Burks!

Reizendes Filmspiel in 6 Akt. mit d. entzückenden Marie Pickford, bekannt aus dem „Waisenkind".

Phantom!

Nach d. gleichnamigen Roman der Berl. Jll. Zeitg. v. Gerhard Hauptmann. 6 Akte. — Darsteller: Lill Dagower, Jlka Grüning, Aud Egede Nissen und weiter nur große Künstler.

Wie man Millionär wird!

Lustspiel mit unendlichem Lacherfolg mit Franz Gismondi.

Anfang 5 und 7½ Uhr. — Sonntags 3 Uhr.

Alte eingeführte Feuer-Versich.-Gesellsch. m. sämtl. anderen Zweigen sucht

eine Geschäftsstelle Merseburg

neu zu besetzen.

Die Uebernahme bietet gutempfohlenen, arbeitsfreudigen Herren günst. Verdienst-Möglichk. Ausführl. Briefe unter T. L. 4632 an die Geschäftsstelle dies. Zeitg. erb.

Stadttheater Halle

Freitag, abds. 7 Uhr: **Siegfried.**

Sonnabd., abds. 7.30 Uhr: **Der politische Kanneg.esser.**

Schwefelsaurer Düngekalk

mit ca. 40 % Schwefelsäure in Waggons zu 30.0 Zentn. Verlangen Sie Offerte.

J. V.: P. Martin Pott, Delitzsch.

Tüchtiges älteres Mädchen

oder einfache Stütze für gut bürgerlichen Haushalt bei zeitgemäßem Lohn zum 1. März gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Merseburger Kalender 1923

Da nur noch eine kleine Restauflage vorhanden, empfiehlt es sich,

Bestellungen sofort aufzugeben.

Preis nur 25 Mark (ausschließlich Porto).

Zu haben in der Geschäftsstelle des „Merseburger Tageblatt" und in den hiesigen Buch- u. Papierhdl. sowie in Lützen bei R. Naumann in Mücheln bei „Bote für das Geiseltal" in Dürrenberg b. „Dürrenberger Zeitung" (Paul Kutzleb) in Schkeuditz bei Buchhdlg. M. Wachsmuth in Weißenfels bei M. Lehmstedts Buchhdl.

Beth's Gesellschaftshaus.

Sonnabend, 24., Sonntag, 25. und Montag, 26. Februar:

Der Riesen-Großstadt-Variété-Spielplan der Troisi-Tour.

10 Attraktionen 10!

U. a.: 4 Brunnerts, Fred Röhrig, 2 Alberts, W. Barlow, Elfriede und Partner, Dimpfls Tanz-Trio, Bernhard und Bernhardine, Guru- u. Laila-Kompagnie.

Einlaß 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf: Fel. Reutsch, Tiefer Keller 4 und im Theaterlokal.

Nachlaß-Auktion!

Sonnabend, den 24. d. Mts., ab vormittags 10 Uhr, versteigere ich im Gasthause „Zur Funkenburg" in Merseburg aus einem Nachlaß öffentlich meistbietend gegen bar u. a.: 2 Kleiderschränke, Spiegelschrank, Vertikow, 2 Kommoden, Sofa, Sofa, Luther- und andere Tische, 2 Nähtische, Stühle, Spiegel, Wanduhr, Bilder, 3 Bettstellen mit Matratzen, 3 Gebett Federbetten, Steppdecke, Bettvorleger, Regale, Reisekorb, sonstige Wirtschaftsgegenstände; mehre Kleider, Blusen, Röcke, Damenmäntel, Herren-Anzüge, Ueberzieher, Hüte, Schürzen u. a.; mehr. Paar Damen- und Herren-Schuhe; 2 Uhren usw. Alles in nur guem Zustande.

Albert Franke, beeidigter Auktionator.

Brikett-Fuhren

Asche-Fuhren

werden billigst ausgeführt

Wilhelm Prophet, Nulandstr 6. Telephon 685.

Wohnungstausch mit Halle Nähe Reformgymnasium 3-Zimmer-Wohnung mit ähnlicher in Merseburg zu tauschen gesucht. Blancke-Werke.

Junger Kaufmann sucht Unterricht in **Schreibmaschine und Stenographie** (Stolze-Schrey). Angebote mit Preisangabe unt. M. M 3 an die Exp. dieses Blattes.

Jung. Ehepaar, tagsüb. abwesend, sucht **2 leere oder möblierte Zimmer** in gutem Hause. Off. unt 357/23 a. d. Exp.

Möbl. Zimmer für Herrn gesucht gegen Bezahlung u. Kohlenabgabe An eb u. 358/23 an die Geschäftsst. d. Bl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230222-13/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 45 des Merseburger Tageblattes

Donnerstag, den 22. Februar 1923

Das Kleinrentnergesetz.

Endlich nachdem insbesondere die Deutschnationale Volkspartei durch Jahre hindurch unablässig dazu gedrängt hatte, ist es gelungen, die Fürsorge für den der Verelendung preisgegebenen Stand der Kleinrentner aus dem Stadium der Verwaltungsmaßnahmen in das der gesetzlichen Regelung überzuführen. Die erfreuliche Beschleunigung, mit der das Gesetz über Kleinrentnerfürsorge schließlich beraten und verabschiedet wurde, dürfte im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß die deutschnationale Fraktion des Reichstages mit aller Entschiedenheit erklärt hatte, daß sie ihre Zustimmung zum Landessteuergesetz von der vorherigen befriedigenden reichsgesetzlichen Regelung der Kleinrentnerfürsorge abhängig mache.

Durch das Gesetz werden nunmehr die Gemeinden, auf die das Reich aus naheliegenden Gründen der Verwaltungspraxis die Ausführungen der Fürsorgepflicht überträgt, verpflichtet, deutschen Kleinrentnern oder ihnen Gleichgestellten auf Antrag Fürsorge zu gewähren. Die Erfahrungen auf dem Gebiete der Verwaltungsmaßnahmen, die bisher allein für Kleinrentner in Frage kamen, haben gezeigt daß viele Gemeinden eine Neigung zum Bürokratismus und zum Schablonisieren entfalten, die geeignet war, die ganze Rentnerfürsorge illusorisch zu machen, vor allen Dingen den Fürsorgesuchenden das peinliche Gefühl zu geben, in die Armenpflege herabgedrückt zu werden. Es wird Sache der Kommunalaufsichtsbehörden sein, auch ohne Beschwerde das Verfahren bei den Gemeinden auf seine Sachgemäßheit im Sinne des jetzt erlassenen Gesetzes sorgfältig zu prüfen.

Der Kreis der Fürsorgeempfänger ist dahin umrissen, daß es bedürftige, alte oder erwerbsunfähige Personen umfaßt, die infolge eigener oder fremder Vorsorge ohne die eingetretene Geldentwertung oder sonstige Kriegsfolgen nicht auf die öffentliche Fürsorge angewiesen waren.

Bedingung ist, daß sie durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erworben haben: dabei umfaßt „Arbeit" auch Tätigkeit in häuslicher Gemeinschaft oder wissenschaftliche, künstlerische oder gemeinnützige Tätigkeit. Gleichgestellt sind Personen, die infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen ihren Lebensunterhalt durch Arbeit nicht erwerben können. Bemerkenswert ist dabei, daß die Fürsorge sich auch erstreckt auf die in gemeinschaftlichem Haushalt mit den Fürsorgeberechtigten lebenden Angehörigen, die ihnen gegenüber unterhaltsberechtigt und erwerbsunfähig oder durch die Haushaltsfürsorge am Erwerb gehindert sind.

Was die Art der Fürsorge anbelangt, so ist vorgeschrieben, daß diese sich derjenigen für Sozialrentner angleichen soll, (Höchstsatz heute etwa 120 000 M.). Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß die Fürsorge sich genau mit der für die Sozialrentner decken soll. Sicher ist, daß gerade die Notlage der Kleinrentner sich nicht allein durch Geldunterstützungen wirksam beheben läßt. Vielmehr ist gerade auf diesem Gebiete eine individualisierende Fürsorge besonders am Platze. Durch die Bestimmung soll denn auch nur das Gesamtmaß der Fürsorge einigermaßen festgelegt werden.

Die Aufbringung der erforderlichen Mittel, die angesichts der Tatsache, daß sich infolge der fluchtartig weichenden Währung der Kreis der als Kleinrentner anzusehenden Personen ständig erweitert, sehr erheblich sein müssen, ist so geregelt, daß das Reich im Rahmen der ihm durch den Reichshaushalt zur Verfügung gestellten Mittel den Gemeinden oder Gemeindeverbänden 80 v. H., der ihnen durch die Fürsorge entstehenden sachlichen Aufwendung erstattet. Dabei wird man der Erwartung Ausdruck geben müssen, daß die notwendigen Mittel von vornherein reichlich in den Etat eingesetzt werden, und daß die Einschränkung „im Rahmen der durch den Reichshaushalt zur Verfügung gestellten Mittel" Nachforderungen und Ueberschreitungen nach allgemeinen Gesichtspunkten nicht ausschließt.

In dem Gesetz wird der Erlaß von Richtlinien in Aussicht gestellt, nach denen die Kleinrentnerfürsorge im einzelnen gestaltet werden soll. Man behauptet nicht zuviel, wenn man sagt, daß von diesen Richtlinien die Durchführung des Gesetzes im Sinne einer wirksamen Hilfe für den Kleinrentnerstand mit in erster Linie abhänge. Die schon vorhandenen Richtlinien für die bisherige Verwaltungsregelung auf dem Gebiete der Kleinrentnerfürsorge geben in vielfacher Hinsicht zu erheblichen Bedenken Anlaß. Das bezieht sich insbesondere auf die dort vorgesehene Rückvergütung aus dem Nachlaß des unterstützten Kleinrentners, durch die eine gewisse Schadloshaltung des Reiches erfolgen soll. Die Möglichkeit eines solchen Rückgriffs sollte man aus psychologischen Gründen angesichts der Auffassung, die in den seßhaften, bodenständigen Kreisen, auf denen die Kleinrentner meist hervorgegangen sind, über Familienzusammengehörigkeit, über Familienerbe und Eigentum herrschen, möglichst einschränken. Zum Beispiel sollte es selbstverständlich sein, daß Hausrat und andere beweglche Gegenstände, die zum Besitzstande des Kleinrentners gehört haben, von dem Rückgriff auf jeden Fall freibleiben; überhaupt sollte die Rückvergütung möglichst fortfallen, wenn direkte Abkömmlinge vorhanden sind.

Die Möglichkeit des Rückgriffs ist sonst geeignet, eine höchst unerfreuliche Verwirrung in die ganze Rentnerfürsorge hineinzutragen.

Diese Wünsche und Bedenken sollen aber nicht hindern, die erfreuliche Tatsache anzuerkennen, daß zunächst einmal die gesetzlichen Wege geebnet sind, auf denen eine zwar späte, aber immerhin begrüßenswerte Hilfe für einen weiten Kreis von Volksgenossen gebracht werden kann, der infolge der katastrophalen Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse in eine immer drückendere Not geraten ist. Der Reichstag hat mit seltener Einmütigkeit dem Gesetze seine Zustimmung gegeben. Möge seine sachgemäße Durchführung dazu beitragen, den Untergang eines der besten Stände unseres Volkstums hintanzuhalten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. Februar. Präsident Loebe teilt zu Beginn der Sitzung mit, daß die heutige Verhandlung mit dem neuen Telegraphenapparat aufgenommen werde, von dessen Walze sie wieder nachher beliebig abgehört werden kann.

Die Beratung des Haushalts des Innern wird beim Titel Gesundheitswesen fortgesetzt.

Abg. Streiter (D. Volksp.) fordert das Reichsgesundheitsamt auf, angesichts der entsetzlichen Nachrichten über den Gesundheitszustand unseres Volkes, zu retten, was zu retten sei. Bei der Unmöglichkeit der gemeinnützigen Anstalten, ihre Betriebe aufrecht zu erhalten, müsse wenigstens für eine angemessene Entlohnung der Aerzte gesorgt werden, wenn wir die Hunger- und Erkältungskrankheiten überwinden wollen.

Abg. Dr. Moses (Soz.) dankt dem Reichsgesundheitsamt für die offene Darlegung der Gesundheitsverhältnisse, fordert aber von dem Amt eine mehr praktische Tätigkeit. Den mittelalterlichen Zuständen im Apothekenwesen könne nur die Sozialisierung abhelfen. Redner fordert schließlich Schaffung eines besonderen Reichsgesundheitsministeriums.

Präsident Dr. Bumm vom Reichsgesundheitsamt bemerkt: eine Verbilligung des Salvarsans sei erstrebenswert, aber angesichts der ungeheuerlichen Herstellungskosten unmöglich. Allerdings sei die Belehrung des Volkes über sein Verhalten gegenüber Krankheiten ein gutes Mittel zur Hebung der Volksgesundheit, und die zahlreichen Merkblätter des Gesundheitsamtes hätten segensreich gewirkt.

Nach kurzer weiterer Debatte wird der Titel Gesundheitsamt bewilligt. Zum Titel Polizei empfiehlt

Abg. Brüninghaus (D. Volksp.) die Ausschußentschließung, wonach untersucht werden soll, ob die sächsische Landespolizei nach den Gesichtspunkten organisiert ist und verwaltet wird, wie es in den Vereinbarungen zwischen Reichsregierung und Landesregierung festgelegt ist.

Abg. Eichhorn (Komm.): Die Entrüstung des Vorredners richte sich nur deshalb gegen die sächsische Landespolizei, weil diese nicht so militärisch schneidig gegen die Arbeiter vorgehe, wie dies die Scharfmacher wünschen.

Der Reichskommissar für die öffentliche Ordnung, Major Klinger, erklärt, daß eine ganze Reihe von Ländern die Einrichtung der Regierungskommissare als notwendig bezeichnet, daß aber nur Preußen und Sachsen sie eingeführt haben. Die Reichsregierung halte die Verwendung solcher politischer Beamten in der Schutzpolizei selbst nicht für zulässig. Die Landesregierungen hätten dieser Meinung zugestimmt und verwendeten diese Beamten in ihrer Landespolizei. Wenn der Reichstag eine Untersuchung der Organisationen der Landespolizei verlange, werde die Reichsregierung dem entsprechen. Der vom Abg. Eichhorn geforderte Abbau der Schutzpolizei würde die Abwehr des Selbstschutzes unmöglich machen. Redner schließt mit einem Dank an die Schutzpolizei im Ruhrgebiet für ihren Heldenmut.

Abg. Dr. Barth-Chemnitz (Deutschnat.) schließt sich diesem Dank an und wendet sich gegen den Abg. Meier-Zwickau.

Nach kurzer weiterer Debatte über die Zwickauer Vorgänge beantragt Abg. Höllein (Komm.) Vertagung und bezweifelt vor der Abstimmung die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Haus ist beschlußfähig. Morgen nachmittag 2 Uhr: Haushalt des Innern und das Reichsministerium. Schluß nach 6 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230222-13/fragment/page=0005

Preußischer Landtag.

Berlin, 21. Februar. Präsident Leinert eröffnet die Sitzung und macht Mitteilung von der Inhaftierung des Polizeipräsidenten von Gelsenkirchen, Stieler, der als preußischer Abgeordneter der Zentrumspartei angehört. Ferner ist Abg. Haenisch von französischen Polizeibeamten in polizeilichen Gewahrsam gebracht, festgehalten, verhört und einer Leibesvisitation unterzogen worden. Ich lege gegen diese Verletzung der Immunität schärfsten Protest ein und werde auch von den deutschen Behörden verlangen, daß sie gegen diese Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte unseres Mitgliedes schärfsten Einspruch erheben. (Beifall.).

Hierauf wird die zweite Beratung des Justizhaushalts fortgesetzt.

Justizminister Hehnhoff äußert sich zu den Angriffen des Abg. Heilmann (Soz.) gegen die Justiz. Nur in einem einzigen Falle, nämlich dem in Elbing, habe er von dem Landesgerichtspräsidenten einen Bericht erbeten. In allen anderen Fällen seien die Angriffe unberechtigt. Der Minister schließt mit der Versicherung, er werde sein Amt unparteiisch nach jeder Richtung hin auch weiterführen und mit dem herzlichen Dank an die Justizbeamten im Ruhrgebiet, die in dieser schweren Zeit als aufrechte Männer ihres Amtes walten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Goebel (Zentr.): Auch die Zentrumsfraktion erhebe vor der ganzen zivilisierten Welt feierlich Protest gegen die Willkür der französischen Kriegsgerichte im neu- und altbesetzten Gebiet, die nicht einmal die Immunität respektiert haben.

Abg. Dr. Seelmann (Deutschnat.): Die preußischen Richter sind so objektiv und pflichtgetreu, daß für sie die Frage, ob Republikaner oder Monarchist gar nicht ins Gewicht fällt. Den Staatsgerichtshof betrachten wir nach wie vor als ein Ausnahmegericht, das beseitigt werden muß. Fehlgriffe sind auch in der Rechtspflege nicht zu vermeiden. Richter sind auch nur Menschen. Wir wenden uns gegen Verallgemeinerung.

Abg. Dr. Eickhoff (Dtsch. Volksp.) wendet sich auch für seine Partei gegen die französische Justizschande. Für die Entlastung der Richter sind auch wir. Zu überlegen ist, ob nicht eine neue Beamtenkategorie zu schaffen wäre, die eine Mittelstellung zwischen Richtern und Sekretären einnimmt.

Vertagung auf Donnerstag 12 Uhr. Schluß ¼6 Uhr.

Politische Rundschau

Wie die Soldateska haust.

Ein tatsächlicher Bericht, der eines Kommentars nicht bedarf:

Am 23. 1. wurde der Güterbahnhof von Oberhausen von den Franzosen besetzt. Auf dem Bahnhof befanden sich eine große Anzahl Stückgut, Lebensmittel enthaltend und Umzugsgut. Der französische Kommandant erklärte, daß er den Bahnhof so zurückgeben werde, wie er ihn übernommen habe. Am 29. 1. gibt der Kommandant die Erlaubnis, die dort lagernden Lebensmittel abzuholen. Der Beauftragte kommt mit Gespann und Wagen hin, und findet, daß der Bahnhof total ausgeraubt ist und der Rest der noch dort befindlichen Sachen in einem unzlaublichen Zustande zurückgelassen worden ist. Die Möbel sind zerschlagen. Die Ledertoffer aufgeschnitten, Wäsche und Kleidung herausgerissen, umhergestreut und beschmutzt. Schokoladenkisten umgestülpt, der Inhalt zertreten. Alles, was sonst noch dort war, ist in einem derartigen Zustande, daß es nicht mehr verwendungsfähig ist. Für die Entrüstung der anwesenden Deutschen hat der französische Bahnhofskommandant nur ein spöttisches Lächeln und Achselzucken. Die Frachtbriefe und Begleitbriefe sind durcheinandergeworfen und zerrissen, sodaß es auch hinterher nicht möglich sein wird, festzustellen, wem die Sachen gehören und wohin sie versandt werden sollten. 150 auf dem Bahnhofe stehende Waggons, die zum Teil amerikanische Lebensmittel enthalten, sind ihres Inhaltes beraubt und zerbrochen.

Die bisherigen deutschen Leistungen nach dem Versailler Diktat.

Von amtlicher Stelle wird eine Uebersicht veröffentlicht über das, was Deutschland vom 11. November 1918 bis zum 30. September 1922 an Geld und Sachwerten überlassen mußte. Nach den einzelnen Ziffernaufstellungen ergibt sich folgende Zusammenstellung der deutschen Leistungen in Goldmark:

1. Aus vorhandenen Beständen 29 394 000 000 Mark:
2. Aus volkswirtschaftlichem Vermögen und aus laufender Produktion 11 113 000 000 Mark:
3. Barzahlungen 2 140 000 000 Mark:
4. Sonstiges 3 371 000 000 Mark.

Insgesamt 46 018 000 000 Mark.

Dazu

5. Innere Ausgaben und Verluste 10 482 000 000 Mk.

Suma 56 500 000 000 Mark.

Hiervon betragen die Kosten der Reparationskommission und der sonstigen interalliierten Kommissionen neunzig Millionen Goldmark. Berücksichtigt man weiter den Wert Elsaß-Lothringens und der deutschen Kolonien sowie den rein militärischen Rückfaß in sämtlichen Räumungsgebieten, so gelangt man zu einer Gesamtleistung **von mehr als hundert Milliarden Goldmark.**

Verschärfung des Kampfes in der Rheinschiffahrt.

Eine Konferenz der Vertrauensleute der Rheinschiffahrt, des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer nahm in Mannheim zu gegenwärtiger Lage Stellung und beschloß mit sofortiger Wirkung eine Verschärfung des Kampfes. Das in diesem Verband organisierte Personal sämtlicher Reparaturwerkstätten am Rhein ist von der Verbandsleitung der Maschinisten und Heizer in den Kampf eingesetzt worden. Mit der Arbeitseinstellung dieses Personals ist jetzt die Ausführung von Reparaturarbeiten an französischen Dampfern unmöglich gemacht. Ferner hat die Streikleitung der Maschinisten und Heizer an alle Nichtmitglieder, welche als Kranmaschinisten das Bemunkern mit Kohlen an französischen, belgischen, holländischen und schweizerischen Booten vorgenommen haben, die strikte Weisung erteilt, sofort jede Kohlenabgabe an diese Fahrzeuge für die Zukunft zu verweigern. Das organisierte Maschinisten- und Kesselpersonal ist entschlossen, den Kampf in der Rheinschiffahrt weiter zu verschärfen, wenn die Lage es erfordert.

Die standhafte Presse des besetzten Gebietes.

Darmstadt, 20. Februar. Im besetzten Gebiet steht die Presse, wie die zahlreichen Verbote zeigen, unter ganz besonderem Drucke. Viele Ausweisungen von Verlegern und Redakteuren sind erfolgt. Wie von zuständiger Seite in der amtlichen „Darmstädter Zeitung" mitgeteilt wird, hat sich die pfälzisch-rheinhessische Presse hierdurch nicht irre machen lassen, in dem Bewußtsein der Verantwortung und der Pflicht gegenüber den Volksgenossen, seitens der Presse auch weiterhin treu auszuharren und, wo es not tut, offenkundig ihre deutsche Gesinnung zu vertreten. Die Rheinhessen danken der Presse des besetzten Gebietes für ihr standhaftes Aushalten und erwarten auch weiterhin das gleiche mannhafte Verhalten. Für die Schriftleiter und Verleger, die ihre deutsche Gesinnung mit Strafen und Ausweisungen büßen müssen, wird in vollem Umfange gesorgt werden, ebenso für sonstige volle materielle Entschädigungen.

Die Unterdrückung der Presse.

Koblenz, 21. Februar. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat folgende Zeitungen verboten: „Pfälzischer Merkur" in Zweibrücken für einen Monat vom 21. Februar, „Die Rheinische Rundschau" für einen Monat vom 21. Februar, das „Neue Wiener Journal" für drei Monate vom 21. Februar. Außerdem hat die Interalliierte Rheinlandkommission die „Calvarer Zeitung" in Goch im Kreise Cleve und die „Uerdinger Zeitung" in Goch mit Wirkung vom 19. Februar für 10 Tage verboten. Vom französischen Polizeigericht wurden am Dienstag die verantwortwortlichen Schriftleiter der „Rheinischen Warte", der „Koblenzer Zeitung", des „Koblenzer Generalanzeigers" und der „Koblenzer Volkszeitung" zu je 40 000 Mark Geldstrafe oder einem Monat Gefängnis verurteilt, weil sie es abgelehnt hatten, eine Bekanntmachung der Rheinlandkommission in den politischen Teil ihrer Blätter aufzunehmen. Der Militärstaatsanwalt hatte 50 000 Mark Geldstrafe beantragt.

Stingl über seine Ruhrreise.

Berlin, 21. Februar. Ueber die Eindrücke, die er auf seiner Reise in das Ruhrgebiet empfangen hatte, hielt der Reichspostminister Stingl vor der Beamtenschaft eine Rede, in der er die vorbildliche Haltung des aller feindlichen Willkür ausgesetzten Post-, Telegraphen- und Fernsprechpersonals, rühmend anerkannte. In der gesamten Postbeamtenschaft herrsche die unbeugsame Entschlossenheit, alles zu tun, was das Vaterland von ihr erwartet.

Französische Pläne für die Ruhreisenbahnen.

Einem verhaftet gewesenen und wieder entlassenen Gewerkschaftssekretär des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat ein höherer französischer Offizier anläßlich seiner Vernehmung folgende Pläne enthüllt: Für den Betrieb der Eisenbahnen im besetzten Gebiet soll ein großer internationaler Eisenbahnkonzern mit englischem, französischem, spanischem und belgischem Kapital gegründet werden, der die Eisenbahnen des besetzten Gebietes in eigener Regie betreiben soll. Ferner hat der französische Offizier mitgeteilt, daß in einer Reihe von Staaten, insbesondere in Polen und der Tschechoslowakei, Eisenbahner zur Einstellung bei diesem Konzern angeworben werden und sich schon tausende gemeldet hätten. Ja sogar deutsche Arbeiter sollen sich für diesen Dienst bereit erklärt haben. Offenbar sind diese Mitteilungen des französischen Offiziers dazu bestimmt gewesen, den betreffenden Gewerkschaftssekretär unsicher zu machen; jedoch stehen die deutschen Eisenbahnarbeiter derartigen französischen Werbungen sehr kühl und gelassen gegenüber, zumal bekannt wird, daß die Franzosen die in ihren Dienst tretenden und schon bisher im Ruhrgebiet beschäftigten Eisenbahner keinesfalls höher als bisher zu entlohnen beabsichtigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230222-13/fragment/page=0006